
Pressekonferenz ajs-Jahrestagung 2008 am 20. November 2008

Unter anderen?

Interkulturelle Lernprozesse

Pressestatement: Marion von Wartenberg

Es gilt das gesprochene Wort!

25 Prozent der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg sind Migrant/innen, damit liegen wir über dem Bundes-Durchschnitt von 19 Prozent. In Stuttgart leben 40 Prozent Menschen, die zugewandert sind oder mindestens einen Elternteil haben, der zugewandert ist. Prognosen zufolge wird ihr Anteil in Großstädten in absehbarer Zeit die 50%-Marke überschreiten. So passen die Zuschreibungen „Wir“ und „die Anderen“ immer weniger.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund steigt, ihre Beteiligung in vielen gesellschaftlich relevanten Bereichen (z.B. Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Gesundheitswesen usw.) ist jedoch nur in Ansätzen wahrnehmbar. Eine Kultur der wirklichen Anerkennung fehlt weitgehend. Wie diese aussehen könnte und was wir im weiten Feld der sozialen Arbeit dazu beitragen können – das wird heute Nachmittag in den Foren diskutiert: z.B. wie interkulturelle Öffnung in Schulen und der Jugendhilfe praktisch aussehen kann, wie interkulturelle Lernprozesse angestoßen werden oder wie sich Personalpolitik verändern muss, um die Repräsentanz von Migrant/innen zu steigern.

Interkulturelle Lernprozesse sehen wir, die ajs, dort, wo Fachkräfte Ihre Handlungsfähigkeit erweitern und Sicherheit im Umgang mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien mit Migrationshintergrund gewinnen. Die Weiterbildung „Pädagogisches Handeln in der Einwanderungsgesellschaft“, die die Aktion Jugendschutz vor drei Jahren gemeinsam mit anderen Partnern erstmals angeboten hat, geht inzwischen in die 5. Runde! Dies zeigt, dass in Fachkreisen großes Interesse besteht, sich für genau diese Lernprozesse vorzubereiten und interkulturelle Kompetenz zu entwickeln. Die Weiterbildung verbindet Theorie mit Praxis – die Teilnehmenden müssen vor Ort ein Praxisprojekt durchführen, z.B. Projekte der Elternarbeit oder sie prüfen, ob Interkulturalität eine Rolle im Leitbild einer Einrichtung spielt.

Die positiven Rückmeldungen haben die ajs veranlasst, dieses Angebot Fachkräften einer Kommune oder einer Region anzubieten. Das Ziel: Verschiedene lokale Akteure entwickeln gemeinsam eine Ge-

samtkonzeption – bezogen auf ihre lokalen/regionalen Erfordernisse. Eine Ausschreibung dieses Projekts erfolgte im März 2008. Von mehreren Bewerbern erhielt die Stadt Buchen im Odenwaldkreis den Zuschlag. Das landesweit einmalige Projekt startete vor fünf Wochen und soll u.a. die interkulturelle Öffnung der Sozialen Dienste, der Schulen und anderer gesellschaftlicher Einrichtungen fördern.

Bei allem, was wir tun, müssen wir immer im Auge behalten, Chancengleichheit und Partizipation auch für Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien zu erreichen. Denn deren Lebenslagen sind überproportional von ökonomischer Benachteiligung sowie von Bildungsbenachteiligung geprägt – wie die PISA-Studie des Jahres 2006 bestätigt. In kaum einem anderen der 17 untersuchten Industriestaaten haben Migrantenkinder so schlechte Bildungschancen wie in Deutschland. Diese Zahlen verdeutlichen die Diskrepanz: Im Abgangsjahr 2006 haben 16,8 Prozent der ausländischen Schüler/-innen die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, die Hochschulreife dagegen erlangten nur 9,3 Prozent. Der Anteil der deutschen Schulabbrecher lag im gleichen Jahr bei 7 Prozent und 26,7 Prozent der deutschen Schüler/-innen verließen die Schule mit Abitur. Besonders fatal dabei: Die schlechten Bildungschancen haben sich auch in der zweiten oder dritten Generation nicht verbessert und setzen sich bei den beruflichen Abschlüssen fort. Die Zahl der Bürger, die keinen Berufsabschluss haben, ist bei Migrant/innen dreimal so hoch wie bei Einheimischen.

Die Ursachen sind nicht Kulturdifferenzen, sondern soziale Ungleichheit, die von unserem dreigliedrigen Bildungssystem verfestigt wird und Migrantenkinder besonders hart trifft. Mehr davon hören Sie nachher von Professor Franz Hamburger.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf: Von zentraler Bedeutung sind Sprachförderung und zielgerichtete Förderung von Mädchen und Jungen.

Ob sich jetzt was verändert? Die Bundesregierung hat beim dritten Integrationsgipfel Anfang November neue Ziele gesetzt. Bis 2012 sollen alle ausländischen Schulanfänger gute Deutschkenntnisse haben. Zudem will sie die Zahl der Schulabbrecher unter den Migrant/innen drastisch senken und die Zahl der Abiturient/innen erhöhen.

Ebenso muss in die Elternbildung investiert werden. Wenn Kinder und Jugendliche angemessen begleitet und unterstützt werden wollen, müssen wir ihre Eltern als Kooperationspartner gewinnen. Die Herausforderungen sind nicht einfach: Wir treffen auf Erziehungspraktiken und Einstellungen, deren Hintergrund und Einstellungen wir uns erst erschließen müssen. Dazu kommen oft Verständigungsprobleme

und unterschiedliche Erwartungen. Doch Elternarbeit kann einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen kulturellen Werten leisten. Hier gibt es bereits nachahmenswerte Konzepte in der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und Jugendhilfe. Die Aktion Jugendschutz wird in den nächsten Monaten hierzu eine Arbeitshilfe herausgeben.

Auch eine gesundheitliche Unterversorgung ist zu konstatieren. Migrant/innen werden oft von schweren und ungesunden Arbeitsbedingungen belastet und sie leben in vergleichsweise ungünstigen Wohnverhältnissen. Wenn sie Hilfe brauchen, liegen viele Steine im Weg: Aufgrund negativer Erfahrungen mit deutschen Institutionen, Sprach- und Verständigungsproblemen und wenig Informationen über bestehende Angebote wird ihnen der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erschwert. Eine interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens ist auch heute noch eher die Ausnahme als die Regel.

Wichtig ist aber auch, vom defizitären Blick wegzukommen und den Blick auf die besonderen Potenziale und Ressourcen zu richten – angefangen von der Zweisprachigkeit vieler Zugewanderter bis zur Fähigkeit vieler Migrant/innen, sich im Leben zwischen bzw. mit mehreren Kulturen gut zurechtzufinden, dieses sogar Gewinn bringend nutzen zu können. Diese Potenziale sind ausbaufähig und in positivem Sinne nutzbar in unserer von Vielfalt geprägten Gesellschaft!

Kulturelle Vielfalt als Gestaltungsaufgabe anzunehmen, kann auch Konflikte hervorrufen. Hier ist konstruktive Konfliktbearbeitung gefragt – und das setzt voraus, dass sich beide Konfliktpartner auf gleicher Augenhöhe begegnen! Genau dies ist ja ein wesentlicher Aspekt von Anerkennung! Und auch daran wird sich die von Politiker/innen häufig beschworene Zukunftsfähigkeit entscheiden.

Multikulturelle Gesellschaft ist nicht nur ein Begriff, der das Straßenbild beschreibt, sondern ist gleichzeitig ein normativer Begriff, der ein Ziel beschreibt, nämlich Gleichberechtigung, - und der darüber hinaus die Gesellschaft, die Politik und den Staat verpflichtet, auf der rechtlichen und politischen Ebene zu handeln, um das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe zu erreichen bzw. anzustreben und sich ihm weitest möglich anzunähern.